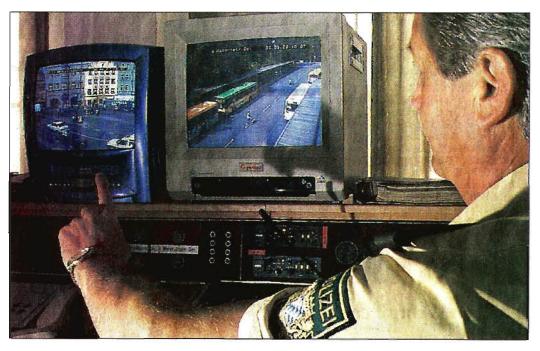
Nummer 125 Mittwoch, 31. Mai 2000 Einzelpreis 1,80 DM



Polizeiobermeister Hörst Gabler sitzt in der Polizeidirektion Regensburg vor zwei Monitoren, auf denen Videobilder von mit Kameras überwachten öffentlichen Plätzen laufen.

Polizei beginnt in Regensburg mit Videoüberwachung

Regensburg. Das umstrittene Videoüberwachungssystem der Regensburger Polizei geht heute Nacht in Betrieb. Nach mehrmonatiger Vorbereitung stellte die Polizei am Dienstag die erste für die polizeiliche Dauerbeobachtung konzipierte Videoanlage Bayerns vor. Die Beamten können ein Jahr lang auf Kameras der Verkehrsbetriebe an sieben Plätzen zugreifen. Dann sollen sie einen Bericht vorlegen.

Wie auch andere Bundesländer will der Freistaat die elektronische Überwachung als Ergänzung zu Fuß- und Autostreifen einsetzen. Unter anderem in Leipzig werden seit 1996 Videokameras eingesetzt. In Deutschland sind etwa in Bahnhöfen und Ladenpassagen nach Angaben von Datenschützern 30 000 solcher Überwachungskameras installiert, die bisher aber überwiegend nicht von der Polizei genutzt werden.

Die Datenschützer der Länder haben sich gegen eine flächendeckende Videoüberwachung

Nachrichtenüberblick

Sport

Sammer wird neuer Chef bei Borussia Dortmund



Trainer-Schüler Matthias Sammer soll Borussia Dortmund aus der schwersten Vereinskrise seit 24 Jahren führen. Als neuer Sportchef erhält der 32-Jährige einen Zweijahresvertrag. Bild: dpa

Wirtschaft

Urteil im "Bierkrieg"

Der bayerische "Bierkrieg" ist beendet. Das Oberlandesgericht Nürnberg hat dem Brauhaus Riedenburg untersagt, seinen Gerstensaft als "Klosterbier" zu verkaufen. Auch der Kläger, die Brauerei Gloßner aus Neumarkt, darf ihr "Mariahilfberger Fastenbier" nicht mehr vertreiben.

Bayern/Oberpfalz

Blitz ohne Feuer verwüstet Haus

Ein "kalter Blitz" hat am Montagabend ein Haus in Sachsendorf bei Aufseß (Kreis Bayreuth) verwüstet. Diese Blitze sind äu-Berst selten, entfalten große Zerstörungs-kraft, entfachen aber kein Feuer.

Weltgeschehen

Neues Medikament kann Arthritis stoppen

Durch ein neues Medikament versprechen sich Ärzte eine Verbesserung bei der Behandlung der rheumaartigen Gelenkentzündung (Arthritis). Noch müsse aber diskutiert werden, welche Patienten am meisten profitieren, sagte Joachim Sieper vom Berliner Universitätsklinikum.

Kultur

Weidener Ballett tanzt in Pilsen "Puppenfee"

Bei ihrem Auftritt in Pilsen begeisterten die Ballettschüler des vhs-Förderzentrums Weiden mit ihren Pilsener Kollegen das Publikum. Sie tanzten Josef Bayers "Puppenfee" und "Schwanensee"

Das Wetter bei uns

Regenschauer

Es bleibt weiter bewölkt. Vereinzelt gibt es Regenschauer. Temperaturen bis 16 Grad.

DER NEUE TAG · Druck- und Verlagshaus GmbH



Dieter Helbig stellt sich den Behörden in Prag

Prag. (dpa) Der Weidener Autohändler Dieter Helbig will in Zusammenarbeit mit der tschechischen Polizei die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe klären. Der 66-Jährige sei am Montag frei willig nach Prag zurückgekehrt, berichtete die Tageszeitung "Pravo" am Dienstag. Dieter und sein Bruder Gerhard waren als Generalvertreter von Mercedes-Benz in Tschechien Ende November 1994 einer Festnahme durch Flucht entkommen

Sie wurden 1995 in Seoul auf Grund eines internationalen Haftbefehls gefasst. Er sei freiwilliggekommen, um den Fall klären zu helfen, sagte Helbig. Angst vor einer Verhaftung habe er nicht: "Ich habe nichts getan." Oberstleutnant Petr Smerda von der Prager Untersuchungsbehörde begrüßte die Rückkehr. Zum Stand der Ermittlungen wollte er keine Auskunft geben.

Der Fall hatte 1994/95 in der Tschechischen Republik für großes Aufsehen gesorgt. Zeitungen spekulierten, ob die Kontakte der Helbigs zu Po-lizei und Politikern ihre Fluchterleichtert haben.

Zeichnungsfrist für Telekom-Aktien läuft

Der Startschuss für den dritten Börsengang der Deutschen Telekom ist gefallen: Von heute an können Anleger neue Aktien zeichnen. Einen Preisnachlass von drei Euro auf den Ausgabeden Genuss des Rabatts zu kommen, müssen die Papiere zwischen 31. Mai und 9. Juni geordert werden, teilte der Konzern am Dienstag mit.

Wer früh zeichnet und die neuen T-Aktien bis zum 31. Dezember 2001 in seinem Depot hält, bekommt für zehn Anteilsscheine eine Bonusaktie. Diese muss nach Angaben von Finanzvorstand Karl-Gerhardt Eick versteuert werden

Zu weiteren Einzelheiten der Zuteilung der Aktien und dem Emissionspreis will sich der Vorstand erst nach Ende der Zeichnungsfrist am

Rot-Grün kürzt Renten

Riester plant Abschläge – Dafür stärkere Privatvorsorge

Berlin/Bensheim. (dpa) Die rot-grüne Regierungskoalition will die Renten der heute jüngeren und mittleren Generation kurzen. Nach einem Rechenbeispiel müssten Neu-Rentner nach dem Jahr 2030 mit Einbußen von 422 und später rund 1640 Mark im Monat rechnen.

Arbeitsminister Walter Riester (SPD) legte am Dienstag nach einer Klausurtagung mit Rentenexperten von SPD und Grünen im hessischen Bensheim ein neues Reformkonzept vor. Dieses soll den Rentenbeitragssatz bis 2020 unter 20 Prozent und bis 2030 unter 22 Prozent halten.

Danach sollen in die Rentenformel steigende Abschläge eingebaut werden, die von der Rente abgezogen werden, um den Druck zur privaten Altersvorsorge zu verschärfen. Auch will die Koalition nun offenbar doch eine Art Demographiefaktor einführen, der die Rentenzuwächse bremst, wenn der Beitragssatz steigt.

Die Zuschüsse zur Privatvorsorge sollen bis 2008 auf bis zu 400 Mark im Jahr steigen. Bisher waren 250 Mark geplant. Zuschüsse sollen nur Versicherte bis zu einem Einkommen von 35 000/ 70 000 Mark (Ledige/Verheiratete) erhalten.

Die neuen Vorschläge stießen bei Union und Gewerkschaften auf vernichtende Kritik. Die Jnion drohte erneut mit Absage des Rentengipfels mit Kanzler Gerhard Schröder (SPD) am 13. Juni. Die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ursula Engelen-Kefer, sagte, als Folge der Pläne würde das Rentenniveau bis 2030 auf 63 Prozent sinken. Die größten Verlierer wären Geringverdiener.

Riester strebt an, dass Arbeitnehmer - zusätzlich zum Rentenbeitrag von derzeit 19,3 Prozent – zunächst 0,5 Prozent und bis 2008 vier Prozent ihres Bruttolohns für eine private Sparrente abzweigen. Zugleich soll ihre gesetzliche Rente desto stärker gekürzt werden, je mehr Zeit Versicherte zum Aufbau einer Privatvorsorge hatten. Rentennahe Jahrgänge sollen verschont bleiben.

Neu-Rentner verlieren bis zu 1640 Mark

Nach einer Beispielrechnung wird einem Neu-Rentner im Jahr 2005 die monatliche Rente um zehn Mark gekürzt. Ein Versicherter, der 2020 in Ruhestand geht, verliert 172 Mark im Monat, im Jahr 2040 fast 900 Mark und im Jahr 2050 rund 1640 Mark. Rot-Grün hofft, dass dies durch die Privatvorsorge mehr als wettgemacht wird. Zusätzlich plant Riester einen jährlichen "Rentenkontoauszug" für alle Versicherten.

Kartellamt beobachtet Benzinmarkt

SPD-Abgeordnete: Nächste Stufe der Ökosteuer verschieben

Bonn/Hamburg. (dpa) Das Bundeskartellamt sieht in den drastisch gestiegenen Benzinpreisen allein noch keinen Grund für ein Einschreiten. Die Behörde könne erst dann tätig werden, wenn es konkrete und hinreichende Verdachtsmomente auf verbotene Absprachen der Mineralölkonzerne gebe, sagte Kartellamts-Präsident Ulf Böge am Dienstag in Bonn.

Der harte Wettbewerb verschärfte sich unterdessen weiter. Marktführer Aral hob die Preise in seinem Tankstellennetzum durchschnittlich dreiPfennig je Liter an. Esso will mit Hilfe von Min-

Ungeachtet zunehmender Forderungen nach Aussetzung der Ökosteuer halten SPD und Grüne an dem Projekt fest. Das erklärten die Fraktionschefs Peter Struck (SPD) und Rezzo Schlauch (Grüne). Mehrere SPD-Abgeordnete hatten dafür plädiert, die nächste Stufe der Ökosteuer, die

destpreisen an den Tankstellen die Verluste be-

grenzen. Shell will die Preise konstant halten.

am 1. Januar 2001 in Kraft tritt, zu verschieben. Rainer Wend, Mitglied im Wirtschaftsausschuss, sagte, die Preissteigerung sei "gewaltig am Ran-de der Zumutbarkeit für den Bürger".

Im öffentlichen Dienst drohen Streiks Tarifgespräche gescheitert - ÖTV und DAG lehnen Schlichterspruch ab Stuttgart. (dpa) Die Tarifverhandlungen für die

3,1 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sind gescheitert. Die Tarifkommissionen von DAG und ÖTV lehnten den Schlichterspruch am Dienstagabend in Stuttgart mehrheitlich ab. Bereits in der kommenden Woche sollen Urabstimmungen eingeleitet werden, sagte ÖTV-Sprecher Harald Reutter. Streiks könnten dann nach Pfingsten beginnen.

Die Arbeitgeber hatten zu Beginn der Tarifverhandlungen am Mittag erwartungsgemäß den Schiedsspruch zum Angebot erklärt. Demnach sollen die Einkommen rückwirkend zum 1. April 2000 um 1,8 Prozent erhöht werden. Vom April kommenden Jahres an sollen die Löhne und Gehälter erneut um 2,2 Prozent steigen. Die Osteinkommen sollen bis 2002 von derzeit 86,5 Prozent auf 90 Prozent Westniveau angehoben werden.

Der Verhandlungsführer des Bundes, Innen-

minister Otto Schily (SPD), hatte kurz vor Beginn der Gespräche bekräftigt, der vor fünf Tagen vorgelegte Schiedsspruch sei für die Arbeitgeber die "äußerste Grenze". Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) erklärte: "Der Schlichterspruch im öffentlichen Dienst liegt an der Schmerzgrenze.

Über Annahme oder Ablehnung des Schlichterspruchs entscheidet bei der ÖTV letztendlich der geschäftsführende Hauptvorstand. Das Votum der Tarifkommission ist nicht bindend. Allerdings wäre es mehr als überraschend, wenn Verhandlungskommission und Hauptvorstand der Tarifkommission nicht folgen würden.

Will die ÖTV einen Streik ausrufen, muss zuvor eine Urabstimmung stattfinden. Bei dieser Urabstimmung müssen nach der Satzung 75 Prozent der Abstimmungsberechtigten für einen Arbeitskampf votieren. (Blickpunkt)



Bundesinnenminister Otto Schily nannte den Schlichterspruch die "äußerste Schmerzgrenze" für die Arbeitgeber.

Internet: http://www.oberpfalznetz.de (Info-Telefon 0961/85-0)